

zu A. a) Leitgedanken

Neminem laede; imo omnes, quantum potes, juva.“

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“

– DAS PRINZIP ALLER MORAL –

Arthur Schopenhauer

(\* [22. Februar 1788](#) in [Danzig](#); † [21. September 1860](#) in [Frankfurt am Main](#))

\*

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!  
Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

\*

*Heimat gestalten und nicht nur verwalten!*

Reinhard M. W. Hanke

*Leitgedanke der Arbeit der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin*

**01) Klartext – von Gernot Facius - Was bleibt vom Tag der Heimat?**

Die Reden zum Tag der Heimat 2018 sind verklungen. Was bleibt von ihnen in Erinnerung? Viel Richtiges: Dass allein das formale Fortbestehen der Beneš-Dekrete den Blick für Recht und Unrecht trübt und für die Opfer bitter, ja schmerzlich ist; dass die Aufhebung solcher menschenverachtender Bestimmungen ein wichtiges, ja wohltuendes Zeichen an die Vertriebenen und zugleich eine Reverenz an das europäische „Versöhnungs- und Friedensprojekt“ wäre; dass man sich nicht auf eine politisch bequeme Position zurückziehen dürfe, die Dekrete – immerhin Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung – würden eines Tages wie von selbst verschwinden. Deshalb war es nur folgerichtig, am Tag der Heimat direkt an die Regierung in Prag zu appellieren, endlich ihre starre Haltung in dieser Frage aufzugeben. Doch war das alles nur eine halbe Sache, mit ihr kann man sich nicht zufrieden geben. Wer die Redetexte der deutschen Polit-Prominenz (auch vieler Sprecher der Vertriebenen) aufmerksam studierte, musste nämlich feststellen, dass meist etwas Wesentliches fehlte: Die Aufforderung vor allem an die Bundesregierung in Berlin, im beharrlichen Dialog mit den Regierenden an der Moldau die Aufhebung der Dekrete einzufordern. Denn noch so schöne Worte über die angeblich vertrauensvollen bilateralen Beziehungen können dieses Manko nicht ausgleichen. Tatsache ist: Auch das Merkel-Kabinett hat sich um eine klare Position herum gemogelt. Und dem „Schirmherrn“ Markus Söder fiel in seinen Wahlanzeigen auch nicht viel mehr ein als den Beitrag des „vierten Stamms“ zum Erfolg Bayerns herauszustreichen und zu versichern, man werde die Sudetendeutschen auch weiterhin als aktive Zukunftspartner in



Politik, Kultur und Wirtschaft unterstützen. Was man eben in Wahlkampfzeiten so sagt, ohne sich in irgendeiner Weise festzulegen! Söder und Seehofer, das lässt sich ohne Umschweife anhand des bayerischen Wahlergebnisses konstatieren, haben an Vertrauen bei den Heimatvertriebenen eingebüßt. Viele Landsleute haben ihre Stimme – meist als Protest – anderen Parteien, zum Beispiel der erstmals kandidierenden AfD, gegeben. Ihr haben sich inzwischen auch Amtsträger der SL angeschlossen. Ob es einem passt oder nicht: Man wird diese Wählerwanderung nicht ignorieren können. Auch nicht seitens der SL in München. Das Ergebnis der Bayernwahl gibt ihr nun die Chance, zu beweisen, dass sie – trotz der Präferenz einiger Führungspersonen für die CSU – eine im besten Sinne überparteiliche, gleichwohl nicht unpolitische Organisation ist: ohne Denk- und Diskussionsverbote. Nur so lässt sich auf Dauer der hehre Anspruch rechtfertigen, glaubwürdige politische Vertretung der sudetendeutschen Volksgruppe in der Zerstreuung zu sein.

(Sudetenpost Folge 11, vom 8.11.2018)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich

Wien, 06.11.2018

## **02) Noch einmal: Heimatstubensammlungen**

Von Dr. Jürgen Martens, Königswinter

An dieser Stelle wurde bereits mehrfach die Thematik *Sammlungen der Heimatstuben und – museen* sowie die besondere Rolle, die den ostdeutschen Landesmuseen bei der zukünftigen Sicherung dieser Sammlungen zukommt, angesprochen. Leider hat sich daraus keine intensive Diskussion entwickelt. Das mag man bedauern, denn die Thematik ist aktueller, als mancher denkt. Vor allem seit der Heimatkreisvertreter für Marienburg am 18. August 2017 im Rathaus von Marienburg (Malbork) eine Absichtserklärung zur Übergabe der Bestände des Hamburger Heimatkreisarchivs unterzeichnete und dieses dann *am 13. Juni 2018 vor ca. 250 handverlesenen Teilnehmern in der Villa Flatauer* in Marienburg (Malbork) vorstellte. Unglaublich ist die Feststellung des 2005 gewählten Heimatkreisvertreter für Marienburg, ihm sei zu diesem Zeitpunkt unbekannt gewesen, daß sich das Heimatkreis-Archiv-Marienburg in Hamburg befinde. Auch die Aussage desselben Heimatkreisvertreter Marienburg gegenüber dem Vorsitzenden der Landesgruppe Berlin der Landsmannschaft Westpreußen (nachzulesen in AGOMWBW-Rundbrief Nr. 737 vom 04.10.2018, Seiten 61-62), wirkt wenig überzeugend. Danach habe er den Exponatsbestand u. a. dem Westpreußischen Landesmuseum zur Übernahme angeboten. Eine Entscheidung sei jedoch in Münster (gemeint ist der damalige Sitz des Westpreußischen Landesmuseums in Wolbeck) *nicht gefallen*. Wenig glaubwürdig deshalb, weil konkret keine Übernahmegespräche geführt wurden und die Museumsleitung überdies mit den Vorbereitungen zur Verlegung der Einrichtung nach Warendorf ausgelastet war.

So bleibt hinsichtlich der Übergabe der Bestände nach Marienburg (Malbork) ein fader Beigeschmack; letztlich stellt sich die Frage, ob nicht die zuständige Staatsanwaltschaft hätte eingeschaltet werden sollen.



Noch absurder wird die „Schenkung“ der Marienburger Heimatsammlung nach Malbork, wenn man die Bemühungen der verschiedenen Bundesregierungen seit 1976 betrachtet. In dem *Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG in den Jahren 1976, 1977 und 1978* (BT-Drs. 8/3563) heißt es unter *Ausblicke* u. a.: *Durch das allmähliche Zurücktreten dieser Generation [gemeint ist die Erlebnisgeneration, J. M.] werden sich erhebliche Probleme stellen. Gerade weil diese Entwicklung zur Zeit noch keine gravierenden Auswirkungen zeigt, ist Zeit und Gelegenheit, sich mittel- und langfristig darauf einzustellen, daß die Angehörigen dieser Generation in Zukunft diesen Kulturbereich nicht mehr wie bisher tragen können.* Wohlgermerkt, diese vorausschauende Sichtweise auf die Paragraph-96-Problematik wurde von der sozialliberalen Bundesregierung formuliert. Sie war es auch, die dem Bericht den *Entwurf der Grundsatzkonzeption zur Weiterführung der ostdeutschen Kulturarbeit* beifügte. Darin wird die Forderung nach Auffangstellen für ostdeutsches Kulturgut erhoben. Die Realisierung war noch recht vage beschrieben, zumal es noch nicht – wie heute – die landesmuseumalen Einrichtungen gab. Ausschlaggebend für die Einrichtung von Auffangstellen war die Überlegung, daß die in der ostdeutschen Kulturarbeit tätigen *Wissenschaftler und andere Interessierte die Möglichkeit haben sollten, sich an einer Stelle über alle Unterlagen und Materialien der großen ostdeutschen Regionen informieren [zu] können.* Ohne Auffangstellen sei zu befürchten, daß das an den bisherigen Standorten zusammengetragene Kulturgut kurzfristig nicht mehr sachgerecht betreut werden könne und somit die Gefahr bestünde, *dieses oft unter großen Mühen gerettete und zusammengetragene Material [gehe] jetzt noch verloren[...].* Zu den Vorschlägen zählte dann, *daß zentrale Stellen auf Bundesebene (Bundesarchiv, Germanisches Nationalmuseum, evtl. ostdeutsches Volkskundemuseum [letzteres wurde jedoch niemals realisiert, J. M.]) notleidende Bestände, für die keine regionale Sammelstelle vorhanden ist, aufnehmen.*

Dem anschließenden Bericht für die Jahre 1979 und 1980 (BT-Drs. 9/1589) ist die erste ausformulierte *Grundsatzkonzeption zur Weiterführung der ostdeutschen Kulturarbeit* beigegeben. Sie erfuhr breite parlamentarische Billigung und stellte somit die zukünftige Handlungsgrundlage des Bundesinnenministeriums als der für die Belange des § 96 BVFG federführend zuständigen obersten Bundebehörde dar.

Beklagt wird zunächst die weitgehende Zerstreung des ostdeutschen Kulturgutes *in sachlich, regional und lokal eng begrenzten Museen und Heimatstuben, deren Fortbestand häufig [...] nicht auf Dauer gesichert* sei. Ein Defizit sei das Fehlen *leistungsfähige[r] Einrichtungen, in denen die großen Kulturlandschaften des deutschen Ostens umfassend dargestellt werden.* Dieser Mangel könne nicht durch einige überregionale Museen des allgemeinen Kulturbereichs, darunter das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg behoben werden. Deshalb müssen Landesmuseen der großen ostdeutschen Regionen eingerichtet werden. Inhaltlich sollten diese Museen entsprechend den Landesmuseen der Länder gestaltet werden. Zur Sammlung des ostdeutschen Kulturgutes, das in besonderer Weise hier interessiert, heißt es: *Die Auffangstellen für die Übernahme von Kulturgut sollten in organisatorischem Zusammenhang mit leistungsfähigen Museen stehen. Ein regionales Museum sollte daher anstreben, zugleich Auffangstelle für gefährdetes Kulturgut der jeweiligen Region zu sein.* Erstmals wird damit der Auftrag an die noch zu gründenden ostdeutschen Landesmuseen formuliert, sich bei Heimatstuben- und Heimatmuseumssammlungen, die zukünftig in Existenznot geraten, zu engagieren und damit als Auffangstation für deren Bestände zu fungieren.



## **Seite 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 740 vom 15.11.2018**

Bereits der Folgebericht der Bundesregierung für die Jahre 1981 bis 1983 (BT-Drs. 10/2178) verwies u. a. darauf, am 16. Oktober 1983 sei der Grundstein zu einem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg gelegt worden, und machte deutlich, daß die Forderung der vorausgegangenen Grundsatzkonzeption zur Gründung von Landesmuseen sich nunmehr in der Realisierungsphase befinde.

Es dauerte dann einige Jahre, bis mit dem *Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit 1988 bis 1993* Handlungsstrukturen aufgezeigt wurden, welche Maßnahmen durchzuführen seien, um bestehende Mängel im Bereich der ostdeutschen Kulturpflege zu beseitigen. Für den musealen Kontext hieß das, *ostdeutsches Kulturgut in musealen Einrichtungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und nahezubringen*.

Eine deutliche Aussage des Aktionsprogramms war, daß der *Errichtung ostdeutscher Landesmuseen [...] die Bedeutung [zukomme], im Rahmen der ostdeutschen Kulturarbeit **ostdeutsches Kulturgut zu sammeln** [Hervorhebung, J. M.], zu erforschen und vor allem wirksam zu präsentieren, um seine Bedeutung im Rahmen deutscher Kulturentwicklung zu dokumentieren*.

Bereits bestehende Museumseinrichtungen wie das Oberschlesische Landesmuseum (Ratingen-Hösel), das Siebenbürgische Museum (Gundelsheim) und das Westpreußische Landesmuseum (Münster-Wolbeck) sollten finanziell und personell in der Weise ausgestattet werden, daß sie tatsächlich landesmuseale Funktionen ausüben könnten vergleichbar mit den Landesmuseen der Bundesländer. Hingewiesen wurde insbesondere auf das Ostpreußische Landesmuseum (eröffnet 1987); dieses konnte entsprechend den Vorstellungen der Grundsatzkonzeption mit Hilfe des Bundes und des Patenlandes Niedersachsen konzipiert werden.

Mit den genannten Einrichtungen waren die Regionen Ost- und Westpreußen und das deutsche Siedlungsgebiet Siebenbürgen abgedeckt, doch das konnte noch nicht die endgültige Lösung sein. Deshalb forderte das Aktionsprogramm den zügigen Auf- und Ausbau weiterer Landesmuseen. Dies waren ein Pommersches Landesmuseum, ein Schlesisches Landesmuseum und ein Donauschwäbisches Landesmuseum. Die Pommern sollten in Travemünde (Pommernzentrum), die Schlesier in Hildesheim und die Donauschwaben in Baden-Württemberg ihre museale Heimstatt finden.

Tatsächlich wurden in der weiteren Entwicklung mit der Etablierung musealer Trägerstiftungen das Pommersche Landesmuseum in Greifswald, das Schlesische Museum in Görlitz und das Donauschwäbische Zentralmuseum in Ulm errichtet. Beteiligt waren an den Museumsneugründungen jeweils der Bund, das jeweilige Sitzland und die Kommune. Immer gehörte bei den Neugründungen, aber auch bei den bereits bestehenden Landesmuseen die *verstärkte(n) Bereitstellung von Projektmitteln zum Erwerb dinglichen Kulturgutes und zur Durchführung von Ausstellungstätigkeit* dazu. Auffallend ist, daß alle Berichte der Bundesregierung zur Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit, die Grundsatzkonzeption(en) und das Aktionsprogramm forderten, verstärkt Mittel für den Erwerb von ostdeutschem Kulturgut bereitzustellen. Zwischen 1976 bis 1992 förderte der Bund mit rd. 10,8 Mio. DM den Ankauf von dinglichem Kulturgut. Die erworbenen Exponate gelangten, bevor die Landesmuseen sich etabliert hatten, an bestehende museale Einrichtungen wie Stiftung Pommern in Kiel, Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Germanisches Nationalmuseum oder auch das Altonaer Museum.



Derzeit ist zu konstatieren, daß von Seiten des Bundes fast keine Mittel – weder institutionell noch im Projektwege – bereitgestellt werden, um dingliches Kulturgut zu erwerben. Das erschwert die Arbeit der Landesmuseen ungemein, weil nichts Neues mehr präsentiert werden kann und somit das Publikumsinteresse zwangsläufig nachläßt.

Deshalb ist es kontraproduktiv, wenn Heimatsammlungen wie die Marienburger Heimatsammlung ohne Not und vor allem ohne entsprechende Kontaktaufnahme mit dem jeweiligen Landesmuseum ins Ausland transferiert werden. Das muß künftig mit allen Mitteln verhindert werden; hier sind nicht nur die Landesmuseen, sondern in erster Linie die jeweiligen landsmannschaftlichen Verbände gefordert. In der Pflicht sind aber auch die Heimatstuben und- museen. Denn sie sollten rechtzeitig, wenn ihre Tätigkeit gefährdet ist, mit dem Landesmuseum, das ihre Herkunftsregion repräsentiert, Verbindung aufnehmen und die Übernahme ihrer Sammlungen vereinbaren.

Ein Lichtblick in dieser Misere ist der Beschluß des Heimatkreises Rosenberg/Wpr. vom September 2018, sein wertvolles Heimatarchiv geschlossen an das Westpreußische Landesmuseum abzugeben. Dies ist verantwortungsvoller Umgang mit gerettetem Kulturgut aus dem historischen deutschen Osten!

### **03) Predigt für den 23. Sonntag nach dem Trinitatisfest, 04. November 2018, Zwölf-Apostel-Kirche in Berlin-Schöneberg**

Pfarrer Paul Geiß  
Vorbergstrasse 13II  
10823 Berlin  
[paul.geiss@gmx.de](mailto:paul.geiss@gmx.de)

#### **Das Verhältnis zur staatlichen Gewalt Römer 13, 1 – 7**

1 Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, ist sie von Gott angeordnet.

2 Darum: Wer sich der Obrigkeit widersetzt, der widerstrebt Gottes Anordnung; die ihr aber widerstreben, werden ihr Urteil empfangen.

3 Denn die Gewalt haben, muss man nicht fürchten wegen guter, sondern wegen böser Werke. Willst du dich aber nicht fürchten vor der Obrigkeit, so tue Gutes, dann wirst du Lob von ihr erhalten.

4 Denn sie ist Gottes Dienerin, dir zugut. Tust du aber Böses, so fürchte dich; denn sie trägt das Schwert nicht umsonst. Sie ist Gottes Dienerin und vollzieht die Strafe an dem, der Böses tut.

5 Darum ist es notwendig, sich unterzuordnen, nicht allein um der Strafe, sondern auch um des Gewissens willen. 6 Deshalb zahlt ihr ja auch Steuer; denn sie sind Gottes Diener, auf diesen Dienst beständig bedacht.

7 So gebt nun jedem, was ihr schuldig seid: Steuer, dem die Steuer gebührt; Zoll, dem der Zoll gebührt; Furcht, dem die Furcht gebührt; Ehre, dem die Ehre gebührt.

---

**3 Denn die Gewalt haben, muss man nicht fürchten wegen guter, sondern wegen böser Werke. Willst du dich aber nicht fürchten vor der Obrigkeit, so tue Gutes.**

**7 So gebt nun jedem, was ihr schuldig seid: Steuer, dem die Steuer gebührt; Zoll, dem der Zoll gebührt; Furcht, dem die Furcht gebührt; Ehre, dem die Ehre gebührt.**

---



Liebe Gemeinde,  
diese Worte des Apostels Paulus an die Römer sind in der Geschichte der Kirche umstritten. Sie haben viel Gutes bewirkt und ein sinnvolles Verständnis von Obrigkeit bewirkt, aber sie haben auch zum Widerstand herausgefordert. Das entsprechende griechische Wort für „Obrigkeit“ kann auch mit „staatlichen Behörden“, „Staatsgewalt“ übersetzt werden und gleich im ersten Vers stolpere ich über die zwei Worte Obrigkeit und Untertan. Mit diesen Hinweisen des Apostels, alle Obrigkeit sei von Gott eingesetzt, haben Könige, Kaiser, Diktatoren ihren Anspruch begründet: Ich regiere von Gottes Gnaden und ihr seid die Untertanen, die Gott und vor allem mir gehorchen müssen. Sie regierten oft unberechenbar, tyrannisch und machtversessen. Keine Verfassung, keine Gesetze regulierten ihre Macht. So wird die Welt eingeteilt in Obere und Untere, Oberschicht und Unterschicht. Wie ist das entstanden? Eine solche Gewaltverteilung beruht auf Auseinandersetzungen, auf Gewinnern und Verlierern. Alle Mythologien in jeder Religion erzählen von Machtkämpfen zwischen den Göttern, zwischen Göttern und Menschen und zwischen den Menschen untereinander. Macht konnte man gewinnen durch die besseren Waffen, durch die besser trainierten Soldaten, durch Intrigen und Verrat. Und nicht selten haben sich die Mächtigen dann Privilegien vorbehalten, die das Verhältnis zwischen Oberen und Unteren zementierte.

Als im 18. Jahrhundert die Industrialisierung begann, bedurfte es vieler Menschen, um die Fabriken ans Laufen zu bringen und dabei gehörten dann zur Oberschicht die, die die Produktionsmittel besaßen und zur Unterschicht die, die ihre Arbeitskraft oft für geringen Lohn verkaufen mussten. Und eine furchtbare Geschichte der Armut und der Ausbeutung begann, von der die Arbeiterviertel in Berlin zum ausgehenden 19. Jahrhundert auch heute noch ein beredtes Zeugnis ablegen können.

Selbst Kinder mussten dann arbeiten, ich habe einmal in Wuppertal in einer Textilfabrik aus dem 19. Jahrhundert die Webmaschinen gesehen, die mit Höllenlärm klapperten und oben auf den Maschinen war Platz für kleine Kinder, die die Fäden ordnen mussten, die drohten, sich ineinander zu verwirren. Eine scheußliche Arbeit, von der natürlich die Fabrikbesitzer profitierten.

Ober und Unter, Obrigkeit und Untertan.

Paulus meint: Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über Euch hat, denn alle Obrigkeit ist von Gott eingesetzt.

Immer wieder sind Menschen, Christen über diese Stelle gestolpert und immer wieder fragten Christen sich: Wer darf über mich Gewalt haben?

Erst einmal aber wollen wir uns die weiteren Bemerkungen des Apostels doch einmal genauer ansehen:

Paulus meint zwei Formen der Staatsgewalt: **Zum einen** die Regierung eines einzelnen, sie kann schlimmstenfalls zur Diktatur führen, und führt auch heute noch in diktatorische Verhältnisse, wie wir weltweit auch in jüngster Zeit beobachten müssen, und Paulus meint **zum anderen** eine Regierung, die Ordnung im Staat ermöglicht und das Beste für die Bürger will. Die Regierungsform, die einen einzelnen zum allmächtigen Oberhaupt hat, kennt die Geschichte zur Genüge. Kaiser und Könige, Diktatoren und Tyrannen haben sie zu ihrem Vorteil ausgenutzt. Die Regierungsform, die Paulus anspricht, geht davon aus, dass sie Gutes für alle bewirken will, Ordnung, Frieden und Gerechtigkeit schafft durch Verlässlichkeit und Vertrauen, das begann mit der Reformation, die versuchte klar zu



## **Seite 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 740 vom 15.11.2018**

trennen zwischen dem, was Gott von uns fordert und dem, was man der bürgerlichen Gesellschaft schuldet, also eine klare Trennung zwischen Christengemeinde und Bürgergemeinde zwischen Verantwortung vor Gott und vor den Mitmenschen.

Nach langen Auseinandersetzungen, nach Aufklärung und französischer Revolution, nach den ersten Verfassungsversuchen in Deutschland, der Verfassung der Paulskirche in Frankfurt 1848/49, hat sich in Europa die demokratische Verfassung entwickelt, eine Form, die die Macht verteilt auf der Grundlage einer Verfassung und damit durch Vertrauen in unabhängige Richter, in ein nur dem Wohl des Volkes verpflichtetes Parlament, das Gesetze verabschiedet, und eine Regierung, die von beiden unabhängigen Institutionen kontrolliert werden kann.

**Einer solchen staatlichen Gewalt will ich mich gerne unterordnen**, die halte ich für von Gott gegeben und gewollt. Gegenüber der ersten Regierungsform eines einzelnen mit einem ganzen System der Verleumdung und Unterdrückung haben sich zum Beispiel Dietrich Bonhoeffer und die Männer vom 20. Juli 1944 zum Widerstand erhoben und ihn dann auch immer wieder mit ihrem Glauben begründet: Der Nationalsozialismus unter einem Diktator kann nicht von Gottes Gnaden sein, auch wenn die Bibel nach Paulus Unterordnung unter die Obrigkeit fordert, die Gewalt hat. Darüber haben sie immer wieder diskutiert, sich zerstritten und dann doch die Vernichtung des Diktators angestrebt. Sie mussten es mit ihrem Leben bezahlen.

**Aber die zweite Forderung des Paulus kann ich nur unterstützen:** Ich bin froh, dass ich Raum habe, Gutes zu tun und dass es für die, die sich nicht an unsere Gesetze und Werte halten, die Möglichkeit der Strafverfolgung und der Gerichtsentscheidungen gibt.

Also einen dem Bürger verpflichteten Staat als Gottes gewollte Ordnung ordne ich mich gern unter, zahle Steuern, respektiere sie und erweise den auf Zeit gewählten Vertreterinnen und Vertretern Ehre. Alles aber unter der Voraussetzung unseres christlichen Glaubens: Du sollst Gott, Deinen Herrn lieben von ganzem Herzen, von ganzem Gemüte und Deinen Nächsten, wie Dich selbst. Denn um auch einmal das umgewandelte Sonntagsgebot Jesu mit einzubringen: Der Mensch ist nicht um des Staates willen da, sondern der Staat um der Menschen, um seiner Bürger willen, und so halte ich mich mit festem Glauben daran: Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen!

Also wenn die staatliche Ordnung beginnt unsere bürgerlichen Freiheiten auszuhöhlen, oder wenn sich, wie inzwischen leider auch bei uns, Parteien entwickeln, die Recht und Gesetz verachten, einschränken und anstreben, eine undemokratische Rechtsordnung errichten zu wollen, ist Widerstand auch Christenpflicht. Zwei Diktaturen in Deutschland mit ihren menschenverachtenden Ideologien in den letzten 85 Jahren haben furchtbare Opfer gefordert, auch die Diktaturen unter Stalin, Mussolini, Franco und anderen europäischen Potentaten, Europa hatte unter den Diktaturen Unerträgliches zu erleiden.

Paulus hat in seinen Worten ja eine Lösung beschrieben:

*3 Denn die Gewalt haben, muss man nicht fürchten wegen guter, sondern wegen böser Werke.*

Deshalb soll man die, die Gewalt haben, immer wieder an ihre Verantwortung erinnern.



## **Seite 13 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 740 vom 15.11.2018**

Und dazu hat Paulus ein ganz einfaches Konzept:  
*Willst du dich aber nicht fürchten vor der Obrigkeit, so tue Gutes.*

Und gerade in diesen Zeiten kann das bei vielen Gelegenheiten heißen, auch Widerstand zu leisten. Dazu gibt es in Berlin ja jede Menge Demonstrationen für sinnvolle, gute, allerdings auch weniger gute Ziele.

Paulus fordert also, das schließe ich daraus, einen mündigen Bürger, eine aufgeweckte Bürgerin, die die Gewalt des Staates jederzeit zu prüfen bereit und in der Lage sind.

Dazu gehört Bildung und Information genauso wie eine feste Verwurzelung im Glauben, wie wir sie in jedem Gottesdienst immer wieder erbitten im Vater unser mit der verherrlichenden Begründung am Ende: Denn,

Gott Vater, Sohn und Heiliger Geist, Du dreieiniger Gott:

Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen:

Und AMEN heißt. Ja, das ist gewisslich wahr.

Und deshalb kann ich Paulus nur zustimmen und mich mit seinem Verständnis des Verhältnisses von Oben und Unten, von Obrigkeit und Untertan einverstanden erklären:  
*7 So gebt nun jedem, was ihr schuldig seid: Steuer, dem die Steuer gebührt; Zoll, dem der Zoll gebührt; Furcht, dem die Furcht gebührt; Ehre, dem die Ehre gebührt.*

Respekt und Ehre gebühren aus unserem Glauben heraus Gott Vater, Sohn und heiligem Geist. Die politischen Ämter in Staat, Land und Kommunen sind auf Zeit verliehen und sollten nie zur Verherrlichung von Einzelpersonen missbraucht werden. Die in diese Ämter gewählten sollten sich zur rechten Zeit auch von ihren öffentlichen Aufgaben zurückziehen. Das ist auch Christen- und Christinnenpflicht. Und dazu haben wir in der vergangenen Woche ein glänzendes Beispiel erlebt. Solche Demut und Bescheidenheit kommt nach meiner Meinung aus einer evangelischen Grundüberzeugung, für die ich dankbar bin.

Ämter in Staat und Kirche sind auf Zeit verliehen und sollen den Menschen dienen, nicht der eigenen Macht. Auch das kann uns Römer 13 in den Versen 1-7 lehren.

In diese Richtung sollte christliche Erziehung zielen und deshalb lohnt es sich, immer wieder über die Bibel und ihre Geschichten, ihre Anregungen, Hinweise, Interpretationen und Konsequenzen zu meditieren. Das können wir als Christen versuchen, ein Leben lang weiterzugeben ad majorem Dei gloriam, zum größeren, ewigen Ruhm Gottes. Gott helfe uns weiterhin dazu. AMEN.

